

Leonardo - Wissenschaft und mehr
Sendedatum: 27. August 2012

Schwerpunkt: Forschung für Rüstung und Krieg? Initiativen fordern Zivilklauseln für die Hochschulen

von Karl-Heinz Heinemann

Atmo: Beifall, Buhrufe

Sprecherin:

An der Universität Köln ist der deutsche Verteidigungsminister Lothar de Maizière zu Gast. Er will unter den Studenten werben für Berufsperspektiven in der Bundeswehr: Doch einige Studenten wollen mit ihm über etwas anderes diskutieren:

O-Ton Student:

„Ich möchte noch mal auf die Zivilklausel eingehen.“

Sprecherin:

15 bis 20 Studenten, auch ein paar Dozenten darunter, treffen sich regelmäßig im „Arbeitskreis Zivilklausel“.

O-Ton:

„Der setzt sich mittlerweile schon seit ungefähr zwei Jahren dafür ein, dass die Uni Köln eine Zivilklausel bekommt. Sprich, dass die Uni sich selbst verpflichtet auf demokratische Weise, keine Kooperation mit Militär und Rüstungsindustrie durchzuführen und also nur auf zivile Weise zu forschen und zu lehren, um eben damit zur Verbesserung der Gesellschaft beizutragen.“

Sprecherin:

... beschreibt die Soziologie-Studentin Katharina Sass aus dem Kölner Arbeitskreis ihr Anliegen. Und diese Selbstverpflichtung soll in der Satzung der Universität zu Köln verankert werden.

Sprecher:

Vorbilder dafür gibt es mittlerweile an zehn Hochschulen, unter anderem an der TU Berlin, der Universität und der Fachhochschule in Bremen, den Universitäten Konstanz und Tübingen und der TU Dortmund.

Sprecherin:

Der Verteidigungsminister stellt sich der Diskussion um die Forderung, dass an der Uni nur noch zu friedlichen Zwecken geforscht werden darf:

O-Ton:

„Und wir Deutschen wären mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir nur wegen der Gefahr, dass ein Forschungsergebnis militärisch genutzt werden könnte, die Forschung an Dingen, die nachher unterschiedlich verwendet werden können, einstellen würden.“

Sprecherin:

Das wäre zudem ein unzulässiger Eingriff in die Freiheit der Forschung. Naturgemäß hat er einen anderen Blick auf die Bundeswehr als die kritischen Studenten:

O-Ton:

*„Die Bundeswehr dient dem Frieden in der Welt – und nichts anderem.“
(empörtes Gelächter)“*

Sprecherin:

Einer der Aktivisten, die mit de Maizière diskutieren, ist Peter Förster, 30 Jahre. Er studiert in Köln lateinamerikanische Geschichte.

O-Ton:

„Wir haben diese Initiative initiiert vor zwei Jahren. Mein persönlicher Hintergrund ist die Auseinandersetzung gegen Studiengebühren. Nachdem Gebühren abgeschafft worden sind, haben wir uns überlegt: Es geht wirklich um eine positive Ausrichtung von Bildung und Wissenschaft, nämlich, dass sie sich gesellschaftlich verantwortlich den Fragen der Zeit stellt in dieser zivilisatorischen Krise, Wirtschaftskrise, in der wir uns befinden und haben eben dann vor gut zwei Jahren eine Initiative gestartet im Studierenden Parlament für eine Zivilklausel.“

Sprecherin:

Bei den Studiengebühren ging es um die unmittelbaren Belange der Studenten, doch warum sollen sie sich dafür interessieren, vom wem das Geld für die Forschung kommt und in welchem Interesse da geforscht wird? Frage an den Studenten Peter Förster.

O-Ton:

„Das ist im allgemeinen Interesse, im Interesse aller Hochschulmitglieder, also auch der lehrenden und forschenden natürlich, dass sie nicht vereinnahmt werden für den Krieg. Ist natürlich aber schon auch unmittelbares Interesse der Studierenden, dass gelernt wird, geforscht wird, eben nicht für Rüstung und Krieg, sondern, dass man sich produktiv intellektuell damit befasst, was denn die Aufgaben der Zeit sind sozusagen.“

Sprecher:

Ist es legitim, für Rüstung und Krieg zu forschen? Weder in den Hochschulleitungen noch in den Ministerien möchte jemand für diese Position sprechen. Doch da gibt es den „Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen“, beheimatet beim Reservistenverband in Bonn. Sein Vorsitzender ist Alexander Schröder, Doktorand an der Bundeswehrhochschule in Hamburg. Wer die Notwendigkeit einer bewaffneten Armee anerkennt, der muss auch den nächsten Schritt gehen und Rüstungsaufträge an den Hochschulen zumindest dulden, meint er.

O-Ton:

„Aber man muss ganz klar sagen, die Sicherheit der Bundesrepublik ist eine Aufgabe, die im Grundgesetz steht und deswegen muss auch Sicherheitsforschung möglich sein.“

Sprecher:

Dann müssen auch Universitäten daran mitwirken:

O-Ton:

„Die Sicherheit Deutschlands zu verteidigen, nicht nur am Hindukusch

beispielsweise, sondern auch in Bezug auf die innere Sicherheit und in Bezug auf außenpolitische Aspekte und da muss man ganz klar sagen, mit einer Zivilklausel verschließen wir uns einem Teil der Debatte und das sollten wir nicht zulassen, weil wir uns damit auch Wegen verschließen für die Zukunft.“

Sprecher:

... argumentiert Bundeswehr-Reservist Schröder. Die Einführung einer Zivilklausel würde die sicherheitspolitische Debatte tabuisieren, findet er. Ganz im Gegenteil, meint Katharina Sass vom Arbeitskreis Zivilklausel:

O-Ton:

„Andererseits finde ich auch, dass es ein gesellschaftlicher Diskurs sein muss, wozu Universitäten eigentlich dienen, deswegen befürworten wir auch Bestrebungen, die Zivilklausel ins Hochschulgesetz aufzunehmen, weil wir meinen, es muss klar sein, dass Universitäten zivile Einrichtungen sind, weil sie der Gesellschaft dienen sollen. Das ist ja schon eine ganz klare Aufgabe auch von Wissenschaft und in diesem Rahmen sind Forscher frei. Aber nicht darüber hinaus. Sie sind nicht frei, Atombomben zu bauen oder so.“

Sprecher:

Vor zwei Jahren hatte der Kölner Asta die Studierenden in einer Urwahl abstimmen lassen. Zwei Drittel waren dafür, dass die Uni sich zur friedlichen Forschung verpflichtet. Eine Urabstimmung in Frankfurt führte zu einem ähnlichen Ergebnis.

Sprecherin:

Doch manche Studenten sind nach wie vor der Meinung, dass eine Ächtung von Forschungsprojekten für das Militär gerade nicht studentischen Interessen entspricht. Jan, ein 23-jähriger Biologiestudent im dritten Semester:

O-Ton:

„Natürlich bin ich nicht jemand, der sagt, ich finde es gut, die Rüstungsindustrie zu unterstützen, aber allein in der Biologie wird einfach viel darüber bezahlt und man weiß auch nicht wie viel. Ohne die Gelder würde man quasi keine Materialien haben, keine neuen Mikroskope und so und die Standards an den deutschen Unis sind eh ziemlich niedrig in den naturwissenschaftlichen Bereichen und dann kann man nicht mehr effektiv

studieren, meiner Meinung nach.“

Sprecherin:

Sollte Jan Recht haben, umso schlimmer, meint Peter Förster. Denn da werde deutlich, wie abhängig die Hochschulen von anderen Geldgebern geworden sind, seien es nun Rüstungsfirmen oder Chemiekonzerne:

O-Ton:

„Weil es, wenn man es zu Ende denkt, heißt, dass die finanziell Mächtigen dieser Welt auch bestimmen, woran geforscht und gelernt wird. Und da kann man sich ja wirklich fragen, wohin das führt. Meine Gegenfrage wäre dann in gewisser Weise, wo sind die Grenzen des Zynismus?“

Sprecher:

Die Kölner Aktivisten sind bundesweit vernetzt mit Zivilklausel-Gruppen von anderen Hochschulen. Etwa mit Bremen...

Sprecher:

An der Universität Bremen gibt es seit 1986 eine Zivilklausel. Darin werden alle Mitglieder der Universität aufgefordert, „Forschungsthemen und –mittel abzulehnen, die Rüstungszwecken dienen können.“ Die Bremer Firma OHB entwickelt Nachrichten-Satellitentechnik und hat dazu Forschungsaufträge an die Bremer Universität vergeben, trotz Zivilklausel. Dagegen hatte sich die Universität gewehrt. Die Firma reagierte: Sie wollte einen Lehrstuhl für Raumfahrttechnik stiften, wenn die alte Zivilklausel entschärft werde.

O-Ton:

„Daraufhin wurde das in der Universität diskutiert und von reaktionären Menschen gesagt, ja, dann müssen wir uns die Zivilklausel aber noch einmal angucken und sie gegebenenfalls den heutigen Bedingungen anpassen.“

Sprecher:

Berichtet Sven Börnsen, der Asta-Vorsitzende an der Bremer Universität.

O-Ton:

„Und wir haben dann gesagt, wir müssen die Zivilklausel verteidigen und sagen, die ist noch heute so aktuell, wie sie 1986 war, als sie beschlossen wurde.“

Sprecher:

Die alte Zivilklausel wurde vom Senat der Hochschule bestätigt. Und die Firma OHB hat die Professur über Raumfahrttechnik trotzdem finanziert.

O-Ton:

„Ich finde es dabei ganz wichtig, dass man argumentativ gut vorgeht, also nicht einfach nur Skandal, sondern mit guten Argumenten rein geht. Und wir haben die Erfahrung gemacht, dass man Leute überzeugen kann.“

Sprecher:

Konkret zu argumentieren, das ist vor allem deshalb schwierig, weil die über Rüstungsvorhaben wie auch über andere private Drittmittelprojekte der Mantel des Schweigens oder gar der Geheimhaltung gebreitet wird.

O-Ton:

„Wir haben herausgefunden, dass es bei uns zwölf Projekte gibt, oder gegeben hat, aber die Namen der beteiligten Firmen und Projekte wollte man uns dennoch nicht geben. Das ist das große Problem der Geheimhaltung, Transparenz.“

Sprecher:

Und das, obwohl es ja das Verbot von Rüstungsforschung in Bremen seit über einem Vierteljahrhundert gibt. Doch: Die Zivilklausel ist eine Willensbekundung. Juristische Folgen hat der Verstoß deshalb nicht. Am Karlsruher Institut für Technologie, KIT, trafen sich kürzlich Zivilklausel-Gruppen aus der ganzen Bundesrepublik. In einer Arbeitsgruppe wurde über die Wirkung der Zivilklausel diskutiert. Ein

Diskussionsteilnehmer:

O-Ton:

„Es wird kein Forschungsprojekt einfach deshalb gestoppt werden, weil es irgendwo eine Zivilklausel gibt. Aber es wird immer wieder neue Diskussionen geben und diese Zivilklausel wird immer wieder ein starkes Argument sein, bestimmte Dinge gesellschaftlich zu diskutieren und vielleicht auch Gegenbewegungen dazu zu organisieren.“

Sprecher:

Doch was ist militärische Forschung und was dient zivilen Zwecken? Können die meisten Technologien nicht sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden, vom Küchenmesser bis zum Internet und GPS? Mit dieser Frage beschäftigt sich Wolfgang Liebert von der „Interdisziplinären Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit“ an der Technischen Universität Darmstadt, kurz: „IANUS“: der Name ist schon Programm. Es geht um die Janusköpfigkeit von Wissenschaft und Technik und ursprünglich sehr stark auf das Thema der Doppelköpfigkeit, der zivil militärischen Doppeldeutigkeit von Forschung und Technik bezogen.

Sprecherin:

Ein Beispiel für die Doppelköpfigkeit von Forschungsprogrammen nennt der Sprecher der Kölner Universität, Patrick Honecker, als wir ihn nach möglichen Rüstungsprojekten an seiner Universität fragen:

O-Ton:

„Wir haben zum Beispiel an unserer Universität das Thema Traumatologie gehabt. Da kann natürlich auch unter diesem Kontext etwas wie der Umgang mit traumatisierten Soldaten untersucht werden. Und da sieht man schon ein bisschen, was der problematische Punkt ist: Wo hört das Thema Zusammenarbeit für Militär oder Zusammenarbeit mit militärischen Partnern auf und wo greift man wirklich in Forschungsfreiheit ein?“

Sprecher:

Doch das Argument, schließlich könne man alles für friedliche oder gewalttätige Zwecke nutzen, hält Liebert vom Darmstädter „IANUS“ für fadenscheinig. Gerne werde das Kartoffelmesser angeführt, mit dem man ja auch Menschen umbringen könne.

O-Ton:

„Aber mit einem Schwert beispielsweise wird man keine Kartoffeln schälen. Das Schwert ist bewusst entwickelt worden, um damit auch ein Instrument für den Kampf, die Auseinandersetzung, die kriegerische Auseinandersetzung zu schmieden. Das ist das eine Kriterium.“

Sprecher:

Nicht nur Ingenieure und Naturwissenschaftler können Rüstungsforschung betreiben. An der Universität tauchen Rüstungsprojekte oft in Fächern auf, in denen man sie nicht erwartet.

O-Ton:

„Wenn dann Mathematiker, von denen man denkt, die haben überhaupt nichts mehr mit Rüstung zu tun direkt, wenn die dann irgendwann erzählen, wir hatten da mal ein Projekt, das kam aus der Luftfahrtindustrie, da sollten wir bei den Steuerungssystemen Modelle entwickeln, wie ist Lenkung möglich und dann ist dem einen oder anderen schon aufgefallen, dass es nicht für ein Zivilflugzeug gedacht ist, sondern für ein militärisches Flugzeug. Das war aber dem Doktoranden, der sich damit beschäftigt, gar nicht klar.“

Sprecher:

Die Hochschulen geben sich grundsätzlich verschlossen, wenn es um Drittmittelaufträge geht – wer ist der Geldgeber, was bezweckt er mit seinem Forschungsvorhaben?

O-Ton:

„Sobald es Mittel aus dem Verteidigungsministerium sind, würde ich sagen, das ist ein wichtiges Kriterium, dann sollte man dort sehr genau hingucken. Aber wenn es aus dem Forschungsministerium kommt, ist es schon nicht mehr so klar. Ist es nicht doch ein abgesprochenes dual-use Projekt mit dem Verteidigungsministerium? Oder läuft es unter ziviler Sicherheitsforschung? Die aber auch gesteuert sind von den militärrelevant arbeitenden Fraunhofer Instituten? Welche Zwecke werden verfolgt? Welche Produkte hat man im Auge? Gibt es eine vernetzte Zusammenarbeit auch mit internationalen Konzernen, die möglicherweise einen hohen Rüstungsanteil haben?“

Sprecher:

Eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Deutschen Bundestag förderte zwar keine Einzelheiten zutage, aber immerhin hat die Bundesregierung darüber Auskunft gegeben, um welche Summen es dabei geht. Wolfgang Liebert:

O-Ton:

„Das, was aus Bundesmitteln kommt, was öffentlich deklariert ist, was natürlich kleiner sein kann als die Wahrheit, ist die Größenordnung von einer Milliarde Euro. Davon geht ein Großteil in die Industrie. Ein gewisser interessanter Anteil von einigen zehn Millionen in entsprechende Forschungseinrichtungen, insbesondere Fraunhofer Institute. Und es gibt auch einen kleinen Anteil, der aber nicht unerheblich ist, in der Größenordnung vielleicht zehn Millionen pro Jahr, der in die Hochschulen geht, in vielen kleinen Einzelprojekten. Das erscheint klein, aber das sind natürlich genau die Anknüpfungspunkte, man muss die Menschen in den Hochschulen anfixen sozusagen, um sie anzuregen in solchen Kollaborationsprojekten eine Rolle zu spielen und dann kann man das nächste Projekt machen und das übernächste und die Ausweitung dieser Mittel ist jederzeit möglich.“

Sprecher:

Am KIT, dem „Karlsruher Institut für Technologie“, wo sich die Zivilklausel-Gruppen vor einigen Wochen trafen, sind es vor allem gestandene ältere Wissenschaftler, die sich engagieren. Das KIT entstand 2009 aus dem Zusammenschluss des 1956 gegründeten Kernforschungszentrums und der Universität Karlsruhe. Dietrich Schulze arbeitet seit 1966 am Karlsruher Kernforschungszentrum, bis 2005 war er dort Betriebsratsvorsitzender, nun ist er einer der führenden Köpfe in der Zivilklausel-Bewegung.

O-Ton:

„Als das damalige Kernforschungszentrum 1956 gegründet wurde, gab es aus völkerrechtlichen Gründen eine klare Regelung: Die zivile Nutzung der Kernenergie ist Deutschland nur gestattet, wenn es sich verpflichtet, von Atomwaffen und Atomwaffenforschung Abstand zu nehmen. Und deswegen ist die Zivilklausel in den Gesellschaftsvertrag eingefügt worden. Und der lautet, die Gesellschaft verfolgt nur friedliche Zwecke.“

Sprecher:

Viele ältere Naturwissenschaftler wie Dietrich Schulze haben sich schon in der Frühzeit der Bundesrepublik an Bewegungen gegen die Atombewaffnung beteiligt. Im Errichtungsgesetz des neu gegründeten KIT fehlt aber die Zivilklausel. Vor gut einem Jahr, im Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg, hatten sich SPD und Grüne dafür ausgesprochen, die Zivilklausel für das ganze „Karlsruher Institut für Technologie“ gelten zu lassen.

O-Ton:

„Jetzt sind sie an der Regierung und die Frau Bauer, die zuständige Wissenschaftsministerin hatte definitiv erklärt, dass sie keine Zivilklausel will, weder für das KIT, noch für das Landeshochschulgesetz, was dann für alle Hochschulen gelten würde, mit der Begründung, sie möchte keine Vorschriften machen.“

Sprecher:

Damit haben die Parteien ihr Wahlversprechen gebrochen, meint Schulze. Als langjähriger Betriebsratsvorsitzender kennt er die Geschäfte des Forschungszentrums zu gut, um nicht zu wissen, dass auch die Zivilklausel nur ein stumpfes Mittel ist, um wirklich Rüstungsforschung zu verhindern, aber darum geht es ihm auch nicht in erster Linie.

O-Ton:

„Es geht im Kern um die Zwecke der Forschung. Wie geht Wissenschaft verantwortlich um, wofür soll Forschung verwendet werden? Das ist der Kern der Sache. Die Zivilklausel ist, wenn man so will, das Mittel, das zum Ausdruck zu bringen.“

Sprecherin:

Es geht also um die Verantwortung der Wissenschaftler gegenüber der Gesellschaft. In Köln sehen Peter Förster und seine Mitstreiter die Gefahren in der immer größeren Abhängigkeit der Hochschulen von den Drittmittelgebern. Das sind nicht nur quasi öffentliche Einrichtungen wie die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“. Geld kommt auch direkt aus der Industrie. An der Universität zu Köln gibt es einen

Forschungsrahmenvertrag mit der Leverkusener Bayer AG, der geheim gehalten wird, so Peter Förster:

O-Ton:

„Mit der Begründung seitens des Rektorats, dass man keine Wettbewerbsnachteile für diesen Konzern schaffen will, womit auch deutlich wird, dass die Interessen im Vordergrund stehen und nicht die der Allgemeinheit.“

Sprecherin:

Ja, bestätigt der Sprecher der Universität, Patrick Honecker. Diesen Vertrag gibt es und den werde man auch nicht veröffentlichen.

O-Ton:

„Wir wollen diesen Vertrag nicht offen legen aus grundsätzlichen Überlegungen, weil wir gesagt haben, dass unseres Erachtens das in die Freiheit von Wissenschaft und Lehre eingreift und dieser grundsätzliche Schutz erscheint uns dermaßen wichtig, dass wir ihn auch vor dem Gericht verteidigen wollen.“

Sprecherin:

Immerhin hat der Senat der Universität zu Köln nun eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die ethischen Standards von Drittmittelaufträgen prüfen soll.

Sprecher:

Andreas Schröder, der Vertreter des Bundesverbands Sicherheitspolitik, hat bestimmt Recht, wenn er vor Tabus in der Debatte an den Hochschulen warnt. Doch seine Warnung richtet sich an die falsche Adresse: Die Zivilklausel-Bewegung hat eine notwendige Debatte zugespitzt und an die Öffentlichkeit gebracht – die Debatte um das Janus-Gesicht der Wissenschaft. Und es ist gut, dass es Studenten und Wissenschaftlern gibt, die über den Tellerrand ihrer Wissenschaft blicken und sich die Frage nach der Verantwortung der Wissenschaft stellen.